

Bündnis stellt Schweinfurter Erklärung für Demokratie und Zusammenhalt vor **Über 350 Erstunterzeichnungen – Unterstützungsseite ab sofort freigeschaltet**

Seit einigen Wochen ist Schweinfurt Schauplatz nicht angemeldeter Aufzüge, die bereits mehrmals in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei eskalierten. Zuletzt machte ein Fall bundesweite Schlagzeilen, als eine Frau offensichtlich ihr vierjähriges Kind als Schutzschild einsetzte, um Polizeiabsperungen zu durchbrechen. Das Kind kam dabei mit Reizgas in Berührung und musste medizinisch versorgt werden.

Wenn man die Kommentarspalten der Tageszeitungen, aber auch die Social Media-Einträge verfolgt, stoßen diese illegalen Aufzüge bei vielen Bürgerinnen und Bürger auf vollkommenes Unverständnis, zum Teil auf heftige Ablehnung. Immer wieder ist zu hören, dass man dem etwas entgegensetzen müsste. Der Mischung aus Coronaleugner, Kritikern von Coronaschutzmaßnahmen und auch Rechtsextremisten, die gemeinsam bei diesen als „Spaziergängen“ getarnten, unangemeldeten Kundgebungen auf die Straße gehen, dürfe man nicht die Straße und die Meinungshoheit überlassen, nur weil sie besonders laut und zum Teil gewalttätig vorgingen.

Das hat sich nun ein Bündnis aus Bürgerinnen und Bürgern aus Stadt und Landkreis zu Herzen genommen und die Initiative ergriffen. Gemeinsam wurde eine „Schweinfurter Erklärung“ formuliert und verabschiedet, die bereits von über 350 Menschen erstunterzeichnet wurden, wie es in einer Presseinformation des „Bündnisses Schweinfurter Erklärung“ heißt.

Man sei überwältigt von dieser Resonanz innerhalb kürzester Zeit. Es scheine, als haben die vielen Stillen nur darauf gewartet. Von allen Seiten kommen Solidaritätsbekundungen und Zustimmung. Auffallend viele Menschen aus medizinischen Berufen seien darunter, aber auch Personen mit ehrenamtlichen Funktionen in Sportvereinen, Bürgervereinen, Kultureinrichtungen etc. Das sei ein sehr ermutigendes Signal, das weit über die Grenzen der Region Wirkung entfalten werde, heißt es weiter.

Den Impuls zu dieser Schweinfurter Erklärung gab die Gruppe aus Kulturakteuren, die auch im Vorjahr bereits das erfolgreiche Nicht-Festival „Keiner kommt nach Schweinfurt – und alle machen mit“ organisiert hat. Unterstützt werden sie dabei von weiteren Personen, die sich aktiv dem losen Bündnis angeschlossen hätten.

Es sei wichtig, dass diese Erklärung aus der Mitte der Bevölkerung initiiert und formuliert wurde. „Sie gibt den unzähligen Menschen, der überwältigenden Mehrheit, die sich seit fast zwei Jahren solidarisch verhalten und ihre Beiträge zur Überwindung der Pandemie leisten, auch in unserer Region eine Stimme“, so weiter in der Presseinformation.

Aufgrund der pandemischen Lage erscheinen Gegendemonstrationen oder Straßenaktionen aktuell eher wenig ratsam. Das schränke die Handlungsoption ein. Dennoch könne diese Erklärung nur ein erster Schritt sein, ist sich das Bündnis sicher. Die Initiatoren sehen es als große Gefahr, dass inzwischen bundesweit Menschen aus der Mitte der Gesellschaft sich mit Rechtsextremen, Reichsbürgern, QAnon-Anhängern ohne Berührungängste auf die Straße begeben. Dass dabei auch Parolen wie „Freiheit“, „keine Diktatur“ gerufen und Kinder instrumentalisiert und als Schutzschilde missbraucht werden, empöre zusätzlich.

Daher sei man sich einig, dass der Veröffentlichung der Erklärung weitere Schritte folgen sollten, die zeigen, dass die große Mehrheit eine gänzlich andere Haltung habe, als die Aufmärsche suggerieren. Man sei hierzu bereits mit vielen Bündnispartnern, u.a. auch mit Schweinfurt ist bunt, im Gespräch. Weitere Aktionen, so sei man sicher, werden folgen.

Wer die Schweinfurter Erklärung ebenfalls unterstützen möchte, kann dies ab sofort auf www.schweinfurter-erklaerung.de tun.

Pressekontakt:
schweinfurter-erklaerung@gmx.de